

EUROPÄISCHES PARLAMENT

ASP 12 G 342

B-1047 BRÜSSEL

TEL: +32 2 284 5191

FAX: +32 2 284 9191

Email:

erika.mann@europarl.europa.eu



Erika Mann



EUROPABÜRO

ODEONSTR. 15/16

D-30159 HANNOVER

TEL: +49 511 1674 268

FAX: +49 511 1674 263

[Europabuero-](mailto:Europabuero-erika.mann@spd.de)

erika.mann@spd.de

Newsletter März 2008

Liebe Leserinnen und Leser,

heute erhalten Sie Informationen über aktuelle Geschehnisse und Konflikte auf europäischer Ebene. Insbesondere finden Sie in dieser Ausgabe des Newsletters Informationen zu Forschungs- und Agrarthemen.

Mit besten Grüßen

Ihre Erika Mann

EADS an Großauftrag in den USA beteiligt

Am 29. Februar 2008 hat die "US Air Force" bekannt gegeben, dass die Neuausstattung ihrer Tankflugzeugflotte mit dem Tankflugzeug KC-30 erfolgen soll. Diese Entscheidung bedeutet für den europäischen Luftfahrtkonzern EADS und seinen amerikanischen Partner Northrop Grumman einen Großauftrag. Das Flugzeug KC-30 basiert auf dem Airbusmodell A330 MRTT. 179 Tankflugzeuge sollen gefertigt werden. Der unterlegene Wettbewerber Boeing hat allerdings Einspruch gegen die Auftragsvergabe eingelegt. Nun hat der U.S.- Rechnungshof 100 Tage Zeit, die Beschwerde zu prüfen.

Erika Mann sieht in dem Auftrag einen wichtigen Erfolg, der auch große Auswirkungen auf die Airbus Standorte in Niedersachsen und die dortige Zulieferindustrie haben wird. Der Entscheid hat darüber hinaus eine hohe Bedeutung, da im Rahmen der WTO zwei Streitfälle zwischen der Europäischen Union (Airbus) und den U.S. (Boeing) bestehen. Am 13. November 2007 fand im Europäischen Parlament in Straßburg eine Aussprache mit der Europäischen Kommission zu diesen WTO-Streitfällen statt. Für die Plenartagung in Straßburg im Mai (19.-22. Mai 2008) ist eine Resolution des Europäischen Parlaments vorgesehen. Erika Mann hat sich in den vergangenen Monaten stark dafür eingesetzt, dass Airbus in diesem Konflikt die nötige Rückendeckung aus dem politischen Umfeld erhält.

Wir werden Sie über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden halten.

Weitere Informationen

<http://erikamann.com/themen/transatlantischebe/WTO-Dispute/>

Agrarreform auf dem Prüfstand

Das Europäische Parlament hat am 12. März 2008 darüber abgestimmt, wie die letzte Agrarreform aus dem Jahr 2003 zu bewerten ist. Dabei hat sich das Parlament für die Fortsetzung der eingeschlagenen Agrarreform ausgesprochen, wie dies von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurde. Eine umfassende Neuausrichtung der Agrarpolitik soll erst nach 2013 erfolgen. Die bislang geleisteten Direktzahlungen sollten weiterhin erfolgen, eine Kürzung, wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen, wird vom Europäischen Parlament abgelehnt.

Der nun verabschiedete Bericht hat keinen Gesetzescharakter. Die rechtsverbindlichen Vorschläge der Kommission werden im Frühsommer 2008 zur Überarbeitung im Europäischen Parlament erwartet.

<http://www.europarl.ep.ec/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2008-0047+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

Nachhaltige Landwirtschaft und Biogas

Das EP hat sich mit der Frage befasst, welche Rolle Biogas bei der Erreichung von Umwelt- und Klimazielen spielen kann und kommt zu dem Schluss, dass Biogas weiteres Potenzial bietet, diese Ziele zu erreichen und daher umfassend genutzt werden sollte. Hervorgehoben wird auch, dass Biogas dazu beitragen kann die Abhängigkeit der EU von Energieimporten zu verringern. Der Bericht wurde im März vom Europäischen Parlament angenommen.

<http://www.europarl.ep.ec/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2008-0034+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

Wettbewerbsfähigkeit in der Metallindustrie

Am 25. Februar 2008 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung vorgelegt, in der sie Ökoeffizienz und Innovation als die entscheidenden Faktoren für eine wettbewerbsfähige Metallindustrie identifiziert. Die Mitteilung beinhaltet auch Aussagen über unfairen Wettbewerb, dem die Kommission mit "allen verfügbaren Mitteln" entgegentreten will. Außerdem werden Maßnahmen und Aktionsbereiche vorgeschlagen, mit denen gleiche Ausgangsbedingungen im weltweiten Vergleich für die Metallbranche geschaffen werden sollen.

Für die niedersächsische Metallindustrie (z.B. Salzgitter AG) ist die Mitteilung der Kommission positiv zu bewerten. Indem sich die Kommission vehement gegen unfairen Wettbewerb stellt, unterstützt sie die hiervon z.T. stark betroffene Metallindustrie.

http://ec.europa.eu/enterprise/steel/index_en.htm

Öffentliche Ausschreibungen im Rahmen von ÖPP-Leitlinien veröffentlicht

Am 18. Februar hat die Europäische Kommission Leitlinien für die Ausschreibungen im Rahmen von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) verabschiedet. Mit den Vorgaben soll mehr Rechtssicherheit geschaffen und dadurch der Wettbewerb erhöht werden. Die Leitlinien folgen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2003, der zufolge öffentliche Aufträge und Konzessionen auf ÖPPs übertragen werden, selbst wenn die Kommune selbst der Hauptanteilseigner ist.

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/ppp_de.htm
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/252&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Gemeinsames Konzept für Konstruktion von Bauwerken im Hoch- und Tiefbau

Ab 2010 sollen Bauprodukte EU-weit zehn einheitlichen Normen unterliegen. Das Europäische Komitee für Normung (CEN) wird ein gemeinsames Konzept für die Konstruktion von Bauwerken im Hoch- und Tiefbau vorlegen. Dies soll so genannte "Eurocodes" beinhalten, die sich auf technische Aspekte wie Feuerbeständigkeit, Brückenauslegung und Sicherheit beziehen. Diese Eurocodes werden ab 2010 parallel zu nationalen Standards angewandt. So sollen technische Handelshemmnisse für Bauprodukte- und dienstleistungen beseitigt werden.

Weitere Informationen

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/259&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://eurocodes.jrc.ec.europa.eu>

Energiebinnenmarkt - Entscheidung von E.On beeinflusst Diskussion

Nach der Entscheidung des deutschen Energiekonzerns E.On, sich von seinem Übertragungsnetz zu trennen, hat die Europäische Kommission angekündigt, das laufende Kartellverfahren gegen E.On einstellen zu wollen.

Die Entscheidung wird großen Einfluss auf die Reform des Energiebinnenmarkts haben, in deren Rahmen die volle eigentumsrechtliche Entflechtung eine entscheidende Rolle spielt. Sowohl im Europäischen Parlament als auch im zuständigen Energieministerrat gibt es im Moment keine klare Präferenz für ein eindeutiges Modell; diskutiert werden im wesentlichen zwei Modelle: eine volle eigentumsrechtliche Entflechtung und eine so genannte effiziente Entflechtung. Die effiziente Entflechtung ist Teil eines Alternativvorschlags von acht EU-Mitgliedstaaten (darunter Deutschland). Es ist noch unklar, wie sich die Entscheidung von E.On in Bezug auf die Präferenzen der beiden Modelle auswirken wird.

Im Europäischen Parlament liefen am 12. bzw. 13. März die Fristen zur Einreichung von Änderungsanträgen ab. Erika Mann hat sich in ihren Anträgen insbesondere auf die Themen Energieeffizienz der Netze und die Rolle von Stadtwerken konzentriert. Ende April werden die Änderungsanträge im zuständigen Industrieschuss beraten, im Juni soll die Abstimmung im Plenum in erster Lesung erfolgen.

Die EU-Mitgliedstaaten streben eine politische Einigung für Juni an.

Innerhalb der kommenden 14 Tage werden Sie zu dem Themenbereich "intelligente Netze" weitere Informationen auf der Webseite www.erikamann.com finden.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/trans/99115.pdf (Rat Energie)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st06/st06324-re01.de08.pdf> (Vermerk des Vorsitzes)

<http://erikamann.com/themen/europaszukunftsthe/Energiepolitik/energiebinnenmarktschaffung>

EU-Umweltminister - keine einheitliche Linie bei CO₂-Verringerung bei Pkws

Das Ziel, die CO₂-Emissionen von Neuwagen auf durchschnittlich 120g/km bis 2012 zu verringern wird von den EU-Umweltministern nach wie vor verfolgt. Uneinigkeit besteht im Wesentlichen darüber, wie das von der Kommission vorgeschlagene Modell der unterschiedlichen Belastungen in Form von Strafzahlungen bei unterschiedlichen Motorengrößen erreicht werden soll. Dieses Modell würde dazu führen, dass schwere Motoren stärker belastet werden, leichtere Pkw hingegen privilegiert behandelt werden sollen. Insbesondere Deutschland lehnt, mit Unterstützung Österreichs, das von der Kommission vorgeschlagene Modell ab.

Erika Mann hält den Vorschlag der Kommission für unsinnig, da er die hohen technologischen Errungenschaften, die im Wesentlichen in den schweren Reihen stattfindet, bestrafen würde, ohne dass dadurch eine wesentliche CO₂-Reduktion erreicht würde.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/08/st07/st07027.en08.pdf> (Beiträge der nationalen Delegationen im Umweltrat)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st05/st05089.de08.pdf> (Vorschlag der Kommission)

Gemeinsame Regeln im Bereich nuklearer Sicherheit und Abfallentsorgung

Die einheitliche Entsorgung nuklearer Abfälle wird im April in der "Europäischen hochrangigen Gruppe für nukleare Sicherheit und Abfallentsorgung" diskutiert. Die Gruppe wird insbesondere erörtern, inwieweit die Festlegung auf EU-weite Regeln möglich ist.

Die Gruppe kommt am 21. April zu ihrer dritten Sitzung zusammen. Der Europäische Rat hatte am 8./9. März 2007 der Einrichtung der hochrangigen Gruppe zugestimmt, im Juli 2007 wurde sie von der Europäischen Kommission eingesetzt.

Erika Mann hat zu dem Thema "Atommüll" Anfang März 2008 eine Anfrage an die Europäische Kommission gestellt, in der sie um Auskünfte zu unterschiedlichen Formen der Endlagerung für nuklearen Abfall innerhalb der EU bittet. Die Europäische Kommission muss innerhalb von 6 Wochen ihre Antwort übermitteln.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/270&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.bfs.de/de/bfs/recht/rsh/volltext/1F_Recht_EU/1F_1_14.pdf

Abstimmung im Plenum über EIT

In zweiter Lesung hat das Europäische Parlament in der März-Plenarwoche der Errichtung des "European Institute of Innovation and Technology (EIT)" zugestimmt. Die Mehrheit der Abgeordneten stimmte dem Kompromiss zu, der zwischen dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten gefunden wurde. Das "Institut" wird voraussichtlich im Sommer 2008 seine Arbeit aufnehmen können.

Erika Mann hatte wiederholt ihre Ablehnung gegenüber dem Institut geäußert und sich auch in zweiter Lesung mit ihrer Stimme gegen das EIT ausgesprochen, da weder die finanzielle Ausstattung genügt, noch das Institut ein wirkliches Institut darstellt, noch zu mehr Innovation beitragen wird.

Umfangreiche Informationen zum EIT

<http://erikamann.com/themen/forschungspolitik/technologieinstitut/>

Newsletter - März 2008.doc

Forschung in der Nanoelektronik

Drei Milliarden Euro sollen im Rahmen einer gemeinsamen Technologieinitiative in die Nanoelektronik investiert werden. Die so genannte ENIAC-Initiative ist eine öffentlich-private Partnerschaft im Bereich der Nanoelektronik. Nanoelektronik erlaubt höhere Leistungen als die Mikroelektronik in noch kleineren Bauteilen und geringeren Kosten.

Niedersachsen verfügt über zahlreiche Forschungsschwerpunkte in der auch die Nanoelektronik eine Rolle spielt. Unter anderem forschen die Universität Hannover und das Bernstein Center for Computational Science in diesem Bereich.

http://www.iht.uni-hannover.de/index.php/interne_Seite.html?id=82

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/284&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://cordis.europa.eu/fp7/jtis/ind_jti_en.html#eniac

Da die Folgen der Nanowissenschaften und -technologien noch nicht umfassend erforscht sind (mögliche Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit etc.) hat die Europäische Kommission Anfang Februar 2008 einen Verhaltenskodex für die Forschung auf diesem Gebiet vorgelegt.

http://ec.europa.eu/nanotechnology/pdf/nanocode-rec_pe0894c_de.pdf

Neuer Internationaler Studiengang für Verbraucherschutz (EURECA)

Ein internationales Universitätskonsortium unter der Leitung der TU-München hat von der Europäischen Kommission eine Zusage über die Finanzierung eines "European Masters Programme in Consumer Affairs (EURECA)" erhalten. Auch die University of Life Sciences Warschau ist an dem Projekt beteiligt. Insgesamt sind vier internationale Hochschulen in das Programm involviert. Der Studienbetrieb soll zum Wintersemester 2009/2010 in englischer Sprache aufgenommen werden.

Dieser neue Studiengang könnte eine gute Anregung für die Gründung internationaler Forschungskooperationen niedersächsischer Hochschulen sein.

http://www.cs.wi.tum.de/home/EU/document_view

Stärkere Forschungszusammenarbeit zwischen EU und Asien

Die Forschungszusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Asien soll weiter ausgebaut werden. Das bereits bestehende Transeurasische Informationsnetz (TEIN) soll weitere 12 Millionen Euro erhalten, mit denen eine flächendeckende Internetanbindung für weltweite Forschungsprojekte geschaffen werden soll. Diese Anbindung ermöglicht eine bessere direkte und kontinuierliche wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Es wäre interessant zu prüfen, ob niedersächsische Hochschulen nicht aus dieser Kooperation Nutzen ziehen könnten. Zum Teil bestehen bereits Kooperationen mit bestimmten asiatischen Ländern. So bietet zum Beispiel die Universität Göttingen einen deutsch-chinesischen Doppelstudiengang "MA Interkulturelle Germanistik Deutschland" an.

<http://www.uni-goettingen.de/de/75539.html>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/269&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/europeaid/where/asia/regional-cooperation/infrastructure-networks/index_en.htm
www.tein2.net

Vereinfachte Regelungen für Kosmetik

Am 5. Februar 2008 hat die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur Überarbeitung der Kosmetikrichtlinie (76/768/EWG) vorgelegt. Mit einer neuen Verordnung sollen rechtliche Unklarheiten beseitigt und die Sicherheit von kosmetischen Produkten gewährleistet werden. Die Richtlinie aus dem Jahr 1976 wurde durch 55 einzelne Änderungen zu einem unübersichtlichen Rechtsakt - dieses Problem soll ebenfalls mit der Verordnung beseitigt werden.

In diesem Zusammenhang spielt auch das Thema Tierversuche eine wichtige Rolle. Bis 2013 wird der Einsatz von Tierversuchen in der kosmetischen Forschung auslaufen. Allerdings wird im Zuge der REACH-Verordnung ein Testverfahren an Tieren weiter durchgeführt werden.

http://ec.europa.eu/enterprise/cosmetics/html/cosm_simpl_dir_de.htm

http://ec.europa.eu/enterprise/cosmetics/doc/com_2008_49/com_2008_49_de.pdf

In der Kommission wird zurzeit an einem Vorschlag zur Revision der Richtlinie 86/609/EWG zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere gearbeitet. In einer öffentlichen Anhörung dazu wurden im Jahr 2006 mehr als 42.000 Antworten ausgewertet. Bisher liegt noch kein endgültiger Richtlinienentwurf vor. Weiterhin hat die Kommission im Sommer 2007 eine die Mitgliedstaaten rechtlich nicht bindende Empfehlung zur Unterbringung und Versorgung von Versuchstieren veröffentlicht.

Niedersachsen verfügt mit dem Primatenzentrum in Göttingen über eines der größten Tierforschungszentren in der Europäischen Union. Erika Mann, regelmäßig im Gespräch mit dem Primatenzentrum, plant dort noch im Frühjahr 2008 einen Besuch.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:197:0001:0089:EN:PDF>

http://ec.europa.eu/environment/chemicals/lab_animals/home_eu.htm

Neue Testverfahren für Chemikalien denkbar

Fortschritte in der Computertechnologie, der Genomforschung und der Zellbiologie könnten in absehbarer Zeit allerdings eine neue Methode hervorbringen, mit der Chemikalien "in vitro" (d.h. zellbasiert statt durch Tierversuche) getestet werden können. Diese Methode hätte große Auswirkungen auch auf die europäische Chemikalienpolitik. Die US-amerikanischen Nationalen Gesundheitsinstitute (NIH) und die US-Umweltschutzagentur (EPA) erarbeiten gemeinsam eine Strategie zur Erreichung dieses Ziels.

<http://www.genome.gov/26524913>

<http://www.euractiv.com/de/umwelt/revolutionare-technik-beschleunigt-chemische-tests/article-170466>

Stärkere Rolle der Europäischen Betriebsräte angestrebt

Im Rahmen einer Anhörung bittet die Europäische Kommission Gewerkschaften und Arbeitgeber, Vorschläge zur Stärkung der Europäischen Betriebsräte (EBR) vorzulegen. Ziel ist es, im Zuge der Überarbeitung der bestehenden Rechtsvorschriften eine Verbesserung der Funktionsweise der EBR zu erreichen. Bis zum 3. April 2008 können Vorschläge hierzu eingereicht werden.

Informationen zum Konsultationsverfahren

http://ec.europa.eu/employment_social/consultation_de.html

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/265&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Koordinierter Katastrophenschutz auf EU-Ebene

Am 5. März 2008 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung zur "Stärkung der Katastrophenabwehrkapazitäten der EU" vorgelegt. Darin enthalten sind Vorschläge zu einem umfassenden Gesamtkonzept der EU, welches die vorhandenen Instrumente besser nutzen soll und eine stärkere Koordinierung vorsieht. Hintergrund dafür sind u.a. zunehmende Katastrophen, die häufig mehrere Länder gleichzeitig betreffen.

Mitteilung der Kommission

http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/pdf/COM2008_130_de.pdf

IT für "ältere" Menschen

"Umgebungsunterstütztes Leben" (Ambient Assisted Living - AAL) heißt das Forschungsprogramm, welches das selbständige Leben älterer Menschen in den kommenden Jahren ermöglichen soll. Mit dem Programm soll die Forschung für technische Lösungen (Informations- und Kommunikationstechnologie) unterstützt werden, die bestimmten Problemen wie Gedächtnisproblemen, eingeschränkter Mobilität etc., die mit dem Alter auftreten, entgegenwirken sollen. Ein Bericht des Industrieausschusses, der am 13. März im Plenum abgestimmt wurde, hat sich dafür ausgesprochen, dass die Ergebnisse des Programms auch anderen Bevölkerungsgruppen, v.a. Menschen mit Behinderungen, nutzen sollen.

<http://www.europarl.ep.ec/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2008-0027+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

<http://www.aal-deutschland.de/>

<http://www.aal-europe.eu/>

Frühjahrgipfel in Brüssel

Der Frühjahrgipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel findet am 13./14. März statt und nimmt traditionell wirtschaftliche Themen in den Fokus. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union werden sich unter anderem darüber austauschen, wie kleinere und mittlere Unternehmen weiter gestärkt werden können. Hierzu soll etwa der "Small Business Act" zügig umgesetzt werden (siehe Newsletter aus Februar 2008). Des Weiteren wird darüber beraten, wie das Ziel, 3% des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren erreicht werden kann.

http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=668&lang=de

Zur Erinnerung: Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft) hatte 2005 mitgeteilt, dass die Region Braunschweig (inklusive Wolfsburg und Göttingen) die forschungsintensivste Region in der gesamten EU ist. Der hier investierte Wert von 7% FuE-Ausgaben des BIP sei selbst in Silicon Valley in Kalifornien nicht erreicht.

http://www.braunschweig.de/wirtschaft_wissenschaft_bildung/stadt-der-wissenschaft/db_research.pdf

Die Rolle der EU im Irak

Am 12. März fand im Europäischen Parlament eine Plenardebatte über die künftige der Rolle der Europäischen Union im Irak statt. Erika Mann verdeutlichte in dieser Debatte, dass wirtschaftliche Unterstützung für das Land notwendig ist, allerdings sichergestellt sein müsste, dass die zugewiesenen Mittel auch in vollem Umfang das Land erreichten.

Erika Mann hat zudem kritisiert, dass zurzeit die Zuwendungen der Europäischen Union über die [UN](#) und die [Weltbank](#) abgewickelt werden. Dadurch hat die Europäische Kommission nicht in vollem Umfang Kenntnis über die von ihr finanzierten Projekte. Erika Mann empfiehlt dieses Vorgehen dringend zu ändern, so dass umfassende Kenntnis über Projekte vorliegt. Außerdem sollten verstärkt EU-eigene Projekte durchgeführt werden. Die zuständige EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner hat in der Aussprache des Parlaments angekündigt, diesen von Erika Mann geforderten Weg einschlagen zu wollen.

http://erikamann.com/themen/weitereaussenbeziehu/BeziehungenEU_Irak/

<http://www.europarl.ep.ec/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2008-0052+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

Nützliche Hinweise

Studie von Ener | gate zu Energieeffizienz

"Energieeffizienz bei Stadtwerken" - eine Studie von "Ener | gate" zeigt unter anderem, dass mehr als 90% der Befragten Modernisierungsmaßnahmen zur Energieeinsparung vornehmen. Außerdem geben 90 Prozent der Befragten an, Energieeffizienz als "wichtig" bzw. "sehr wichtig" einzustufen. Die Studie kann kostenpflichtig bestellt werden.

http://www.energate.de/produkte/research/studien/energieeffizienz/index.php?Energate_Session=3d75dc4861b4bef63e852d46add90b93

Bürger der Europäischen Union sehen in Europäischem Parlament wichtigen Akteur

Eine repräsentative Befragung des Europäischen Statistikamtes (Eurostat) hat ergeben, dass die Wahrnehmung des Europäischen Parlaments durch die EU-Bürger in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat. 43% der Befragten sehen im Europäischen Parlament die Institution mit der größten Entscheidungsbefugnis in der EU. 45% sagen, dass der Einfluss des Europäischen Parlaments in den letzten Jahren gewachsen ist. Insgesamt hat das Parlament kein schlechtes Image, es besteht allerdings ein Mangel an Informationen. 68% der Deutschen gaben an, ziemlich bzw. sehr schlecht über das Europäische Parlament informiert zu sein.

Zur Umfrage

http://www.ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_288_de.pdf

Ergebnis Deutschland

http://www.ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_288_de_nat.pdf

Ausschreibung im Rahmen des EU-Programms „Jugend in Aktion“

Mit dem Programm "Jugend in Aktion" soll der Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken im Jugendbereich und in der nicht-formalen Bildung, sowie der Aufbau von Partnerschaften und dauerhaften Netzwerken zwischen Jugendorganisationen gefördert werden. Die aktuelle Ausschreibung richtet sich an Projekte, die zwischen dem 1. November 2008 und dem 31. Dezember 2008 beginnen und eine Laufzeit von mindestens 6 Monaten und höchstens 12 Monaten haben. Einsendeschluss für Projektvorschläge ist der 15. April 2008.

Informationen

http://eacea.ec.europa.eu/youth/calls2008/action32/index_en.htm

http://eacea.ec.europa.eu/youth/calls2008/action32/documents/CALL_ECAEA-31-07_DE.pdf

EU-Notruf 112 - Vielen noch nicht bekannt

Die kostenlose Rufnummer "112" für Notfälle in Europa (bislang 34 Staaten) ist nur rund einem Viertel der EU-Bürger bekannt. Im Europäischen Parlament wurde deshalb eine Initiative gestartet, mit der die Notrufnummer bekannter werden soll. Bereits heute gilt eine Richtlinie, nach der die Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass eingehende Anrufe unter der Nummer 112 als Notrufe behandelt werden. Die Nummer ist übrigens auch über das Mobiltelefon kostenfrei!

Aufruf zur Einreichung von Anträgen "Gesundheit 2008"

Das zweite Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der Gesundheit (2008-2013) hat begonnen und der erste Aufruf zur Einreichung von Anträgen wurde veröffentlicht. Die Frist zur Einreichung von Vorschlägen und Anträgen läuft am 23. Mai 2008 aus. Fünf verschiedene Mechanismen wurden eingerichtet, die sich jeweils bestimmte Ziele gesetzt haben.

Umfassende Informationen

<http://ec.europa.eu/phea>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:056:0030:0030:DE:PDF>

Hinweise in eigener Sache

Besuchergroupe aus Niedersachsen in Straßburg

Vom 9. bis zum 11. März 2008 war eine Besuchergruppe aus Niedersachsen auf Einladung von Erika Mann zum Informationsbesuch in Straßburg. Unter der Leitung von Karl Finke (Behindertenbeauftragter des Landes Niedersachsen) besuchte die Gruppe das Europäische Parlament und nahm an einer Plenarsitzung teil. Außerdem traf sich die Gruppe neben Erika Mann auch mit zwei weiteren SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament: Constanze Krehl (Sachsen) und Helmut Kuhne (Nordrhein-Westfalen).

<http://erikamann.com/niedersachsen/besucherausnieders>

<http://www.behindertenbeauftragter-niedersachsen.de/>

http://ec.europa.eu/employment_social/fundamental_rights/index_de.htm

In diesem Zusammenhang möchten wir auf aktuelle europapolitische Entwicklungen für Menschen mit Behinderungen hinweisen. Die EU-Sozialminister haben sich am 25. Februar 2008 für die Übernahme des "Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen" und für eine Förderung Behinderter am Arbeitsmarkt ausgesprochen. Flexible Beschäftigungsmodelle, unterstützte Beschäftigung, Solidarwirtschaft, aktive Eingliederung und positive Maßnahmen wie Unterstützungsdienstleistungen, Entlastungen bei den Lohnkosten, Anpassungen am Arbeitsplatz, der Einsatz unterstützender Technologien und persönlicher Unterstützung sollen miteinander kombiniert werden. Der Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen 2004-2010 soll vollständig umgesetzt und anschließend von einer europäischen Strategie für Behinderte abgelöst werden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st06/st06769.de08.pdf> (Entschließung)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st06/st06769-co01.de08.pdf> (Korrektur zur Entschließung)

<http://www.un.org/disabilities/convention/conventionfull.shtml> (UN-Übereinkommen)

Neue Ausschreibung: Intelligente Energien für Europa

Die Ausschreibungshinweise finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/energy/intelligent/call_for_proposals/index_en.htm

Termine von Erika Mann in der Region und darüber hinaus sind auf der Webseite www.erikamann.com zu finden.

Interessante Publikationen

DB-Research: Die Kraft-Wärme-Kopplung: Ein Eckpfeiler des deutschen Energie- und Klimaprogramms
http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000221415.pdf

DB-Research: Klimawandel und Tourismus: Wohin geht die Reise?
http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000221332.pdf

Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann:

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU – Kanada), Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik, Forschungspolitik.